

Breslauer Zeitung.

Mittagblatt.

Freitag den 24. April 1857.

Expedition: Verrenstraße N° 20.
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten
Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal
erscheint.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Paris, 23. April, Nachm. 3 Uhr. Consols von Mittags 12 Uhr waren 93 1/2 gemeldet. Auch die sonstigen londoner Finanzberichte lauteten günstiger. Die 3pGt. begann mit 69, 35, stieg auf 69, 45, wobei in Folge mehrfacher Angebote auf 69, 25 und schloss zu diesem Course in trüger Haltung. Consols von Mittags 1 Uhr waren ebenfalls 93 1/2 eingetroffen.

Schluß-Course:
3pGt. Rente 69, 25. 4 1/2 pGt. Rente 92, —. Credit-Mobilier-Aktien 1335. 3pGt. Spanier 39. 1pGt. Spanier 25 %. Silber - Anleihe 90. Oesterl. Staats-Eisenbahn-Aktien 717. Lombard. Eisenbahn-Aktien 631. Franz-Joseph 505.

London, 23. April, Mittags 1 Uhr. Consols 93 1/2.

Wien, 23. April, Mittags 12 1/2 Uhr. Staatseffekten sehr fest, Baluten billiger.

Silber - Anleihe 92. 3pGt. Metalliques 83. 4 1/2 pGt. Metalliques 72 1/2. Bank-Aktien 998. Bank-Inter.-Scheine —. Nordbahn 21 1/2. 1854er Loos 109 1/2. National-Akt. 84 1/4. Staats-Eisenbahn-Aktien 216 1/2. Credit-Aktien 28 1/2. London 10, 11. Hamburg 77 1/2. Paris 121 1/2. Gold 7 1/2. Silber 4 %. Elisabethbahn 100 %. Lombard. Eisenbahn 114. Rheinbahn 101 %. Centralbahn —.

Frankfurt a. M., 23. April, Nachm. 2 1/2 Uhr. Börse fest ohne Veränderung. Schluß-Course:

Wiener Wechsel 113 1/2 Br. 3pGt. Metalliques 77 1/2. 4 1/2 pGt. Metalliques 68 1/2. 1854er Loos 103 1/2. Oesterl. National-Anleihe 80 %. Oesterl. Französ. Staats-Eisenbahn-Aktien 246 %. Oesterl. Bank-Antheile 1126. Oesterl. Credit-Aktien 180. Oesterl. Elisabethbahn 195 %. Rhein-Nahe-Bahn 88.

Hamburg, 23. April, Nachmittags 2 Uhr. Schluß-Course:

Oesterreich. Loos —. Oesterreich. Credit-Aktien 132. Oesterreichische Eisen-Aktien —. Vereinsbank 98 %. Norddeutsche Bank 94 %. Wien —.

Hamburg, 23. April. [Getreidemarkt] Weizen loco fest und stillte, ab auswärts etwas fest. Roggen loco einige Thaler höher, ab auswärts fest gehalten. Get. loco 32 1/2, pro Frühjahr 33, pro Herbst 29 1/2. Kaffee unverändert.

Liverpool, 22. April. [Baumwolle.] 5000 Ballen Umsatz. Preise unverändert.

Telegraphische Nachrichten.

Kopenhagen, 22. April Abends. Im heutigen „Faedrelandet“ wird der Erfolg einer schwedischen Circularnote gegen Scheele's antiscandinavische Circulardepesche bestätigt. Dieselbe enthält einen Protest gegen den von Scheele ausgesprochenen Tadel der Handlungen des Königs von Schweden und erstaunt über dessen lange unmotivierte Dissertation, betreffend einen Geigenstand, dessen Behandlung bisher nur einer literarischen Wirksamkeit angehört. „Faedrelandet“ hält sämtliche zirkulierende Gerüchte über Besetzung der ledigen Ministerposten für durchaus unbegründet.

Paris, 23. April. Gesena ist aus der Redaktion des „Constitutionnel“ ausgeschieden.

Freunde.

Landtags-Verhandlungen.

♀ Herrnhaus. 25. Sitzung am 23. April.

Am Ministertage: Simons, v. Boden-Schwingh, v. d. Heydt, von Wephalen, v. Mantaußell I., v. Mantaußell II., Graf Waldersee und vier Regierungs-Kommissarien. Sowohl die Logen als auch die andern Zuhörerräume sind stark besetzt. In der königl. Loge befindet sich Feldmarschall v. Wrangel. Präz. Prinz zu Hohenlohe eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr.

Justizminister: Der vom Herrn Finanzminister und mir im anderen Hause eingebrachte Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Expropriations-Gesetzes für den Bezirk des Appellationsgerichts zu Köln, ist im andern Hause schon gedruckt erschienen, daher ich, wegen der vorgerückten Session, mich beeile, ihn auch in diesem Hause zu möglichst baldiger Vorberatung zu überreichen.

Der Präsident überweist das Gesetz der Justiz-Kommission, worauf zur Tagesordnung übergegangen wird, die den Bericht der Finanz-Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung der Salzsteuer, bildet.

Die Kommission — heißt es in dem Bericht — habe die Vorlage 1) nach dem Bedürfnis für die neue Steuer, 2) nach den Deckungsmitteln für das Bedürfnis und 3) nach den Gründen für und wider die vorgeeschlagene Steuer, einer eingehenden Prüfung unterworfen. In ersterer Beziehung habe die Staatsregierung die Wiederherstellung der dreijährigen Präsenzzeit für alle Truppenteile und eine Verbesserung der Besoldungen der Civilbeamten und der Subaltern-Offiziere, vom Hauptmann und Rittmeister abwärts, aufgestellt. Zu Errreichung des ersten Zwecks seien etwa 800,000 Thlr. und des andern 3,280,000 Thlr. erforderlich, und, nachdem das Gebäudesteuergefeß im andern Hause gefallen, blieben, wenn die übrigen Steuererhöhungen bewilligt würden, etwa 1,900,000 Thlr. disponibel. Während nun in der Kommission keine Stimme gegen das Bedürfnis der 800,000 Thlr. laut geworden sei, habe man doch das Verlanzen allgemeiner Gehaltsverhöhnungen im Ganzen nicht zu billigen vermocht. Der Finanzminister habe in der Kommission aufgestellt, wie seit der Feststellung der Besoldungsetablierungen der Beamten der Wert des Geldes gesunken, die Preise der unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse aber außerordentlich gestiegen und dadurch viele Familien der unteren Beamtenklassen in bittere Not gerathen seien. Aber auch in den höheren Beamtenklassen stelle sich ein Missverhältnis vieler Gehälter mit den Anforderungen heraus, die das Leben an solche Familien mache. Der Kriegsminister habe hervorgehoben, daß in Folge unzureichender Besoldung schon jetzt sich ein fühlbarer Mangel an Aspiranten zum Offizierkartei füllt.

In der Kommission sei hiergegen behauptet worden, daß die Not der Beamten überhaupt als eine dauernde nicht anerkannt werden könne, wie es auch andererseits Thatsache sei, wie die höhere Beamtenlaufbahn noch immer gesucht werde. Wollte man aber auch eine allgemeine Verbesserung der Beamtenzulage zu geben, so möge man doch davon bis dahin absehen, daß das Bedürfnis näher geprüft und die Grundsätze spezieller festgestellt seien, wozu zweifellos umfassende und gründliche Vorarbeiten erforderlich wären.

Betreffend die Verbesserung der Gehalte der Subaltern-Offiziere können dem Kriegsminister darin nur zugestimmt werden, daß der preuß. Offizierstand mehr auf die Ehre seines Berufes, wie auf hohe Gehälter hingewiesen bleiben müsse. Auch könnte eine gleichmäßige Zulage zu allen Lieutenants- und Hauptmannsbesoldungen so wenig nothwendig über zweckentsprechend erscheinen, wie eine allgemeine Verbesserung der Beamtengehälter in den unteren Klassen.

Endlich erinnere die in Unregung gebrachte Erhöhung der Beamtengehälter auch an die Frage: ob nicht durch Vereinfachung des Geschäftsganges eine erhebliche Zahl von Beamten erspart werden könne. So wenig diese Frage sich in Kürze beantworten lasse, so wenig dürfe sie auch ins Unberechnete hinaus verschoben bleiben.

Rücksichtlich der Deckungsmittel seien in der Kommission eine Erhöhung der Tabaksteuer, die Verwendung der Eisenbahnabgabe, eine Verminderung des Zuschusses zur Vergütung der Kaufmannschuld, die aus der Amortisation der Prämienanleihe von 1832 und der danziger Schulde im künftigen Jahre disponibel werdende Post in Vorschlag gebracht und außerdem vermerkt worden, daß auch bei der Dotirung des Eisenbahnfonds eine Ermäßi-



Zeitung.

Nr. 190.

Freitag den 24. April 1857.

gung zulässig sei, und daß die von der Seehandlung abzuführende Summe wohl um 100,000 Thaler erhöht werden könne, woraus sich im Ganzen die Summe von 1,600,000 bis 1,800,000 Thaler ergebe. Auch sei in der Kommission darauf hingewiesen worden, daß von den außerordentlichen Ausgaben wohl eine und die andere auf weitere Zeit verschoben werden könne, wogegen sich der Regierung auf das Bestimmteste entschieden habe.

Bezüglich der Gründe gegen die Salzsteuer habe in der Kommission sich die Überzeugung überwiegend herausgestellt, daß von der gesammten Salzsteuer entweder 1/4 oder 1/3 im Wege einer reinen Kopfsteuer erhoben werde, und daß nur das überschüssige 1/4 oder 1/3 der Steuer auf die wohlhabenden Klassen falle, und in Folge aller in der Kommission gegen die Erhöhung der Salzsteuer laut gewordenen Bedenken, sei die Kommission schließlich zu dem Resultate gekommen, mit 13 gegen 1 Stimme dem Herrenhaus zu empfehlen: das ganze Gesetz abzulehnen.

Nachdem Herr v. Meding als Berichterstatter das Wesentliche aus dem Kommissionsbericht hervorgehoben, wird, auf den Vorschlag des Präsidenten und entsprechend der Geschäftsordnung, erst die Diskussion über das Allgemeine der Gesetz-Vorlage stattfinden und dieser die Diskussion für den § 1 des Gesetzes. Dem Einhalten dieses Gangs schließen sich die Herren Graf Ritterberg, Brüggemann und der Finanzminister an.

Graf v. Ritterberg hat eine von der Kommission abweichende Ansicht und hält sich verpflichtet, derselben im Hause Ausdruck zu geben. Derselbe gibt als seinen Standpunkt zur Vorlage nicht nur die Gesichtspunkte, welche die Denkschrift enthält, sondern das Verhältnis der Gesetz-Vorlage zu dem gesamten Staatshaushalte: die dreijährige Präsenzzeit für alle Truppenteile sei als nothwendig anzuerkennen, und vielleicht gerade für die preuß. Armee, die seit 40 Jahren gegen keine auswärtigen Feinde gekämpft. Wenn die Armee demnach schlagfertig sei, so berüre das ein patriotisches Herz annehm; aber es sei auch nicht das dringend Nothige zu verabsäumen, die Schlagfertigkeit zu erhalten und zu erhöhen. Aber nicht minder anzuerkennen sei auch, daß die preuß. Beamten, deren Tüchtigkeit anerkannt werde, so zu stellen seien, daß sie nicht mit Notth zu kämpfen hätten, die am meisten geeignet sei, durch längere Dauer die Sittlichkeit zu gefährden. Der Redner hält es ferner für dringend nothig, auch den Theil der Wehrkraft zu stärken, der als eine neuere Schöpfung in der Marine des preuß. Staates vertreten ist. Ihre Bedeutung für Sicherung und Ausdehnung der vaterländischen Handelsbeziehungen zum Auslande werde nicht verkannt werden können. Man habe in der Kommission gegen die Steuer auf andere vorhan- und zu erwartende Einnahmen verwiesen, aber zum Theil würden diese schon durch andere Bedürfnisse beansprucht, zum Theil ständen sie auch erst nach Jahren in Aussicht, und man würde daher gezwungen sein, anerkannt dringendere Bedürfnisse länger hier unbefriedigt zu lassen. Die Finanzzustände des preuß. Staates würden zwar mit Recht als befriedigend erkannt, wenn aber die letzten Jahre bedeutende Ausgaben nötig gemacht und gegenwärtig anerkannt dringende Bedürfnisse befriedigung erheischen, dann erscheine es ratslicher, auf neue Mittel zu rinnen, als die schon stark beanspruchten Finanzkräfte in doch nicht befriedigender Weise nie mehr zu erschöpfen.

Gesetz v. Ritterberg habe in ihrer Erhöhung als sehr geeignet erscheinen ließen. Der Redner glaubt, daß, wer das Bedürfnis für erhöhte Geldmittel anerkenne, auch mit ihm für das vorliegende Gesetz stimmen werde. Es müsse anerkannt werden, daß das Ministerium großes Verdienst um das Vaterland habe, aber es sei auch anzunehmen, daß das Ministerium in Verlegenheit kommen werde, wenn das Gesetz abgelehnt werde, daher ersuche er nochmals das Haus, demselben zugestimmen.

Graf v. Hoyerden hatte die Hoffnung, das Ministerium würde die Vorlage zurückziehen; das sei nicht geschehen und so könne er nur raten, sich nicht weiter zu strecken, als die Decke reiche. Wenn man gegen die Vorlage sei, so sei Animosität gegen die Beamten gewiß nicht schuld daran, denn die meisten Mitglieder des Hauses seien entweder selbst Beamte oder hätten doch viele Beamte als Verwandte. Er bestreite aber die Notwendigkeit der Steuer, und glaube, daß, wenn man mit ihrer Hilfe gewisse Beamte beschäkeln wolle, viele Arbeiter, wenn sie oft ohne ihre Schulz keine Arbeit hätten, auch das Salz noch schwerer haben könnten; vielleicht gewähre man in dieser Weise attisches. Es sei aber zu bedenken, daß der ungünstige Genuss des Salzes auch moralische Nachtheile habe. Dagegen sei ein Beispiel an, nach welchem von 29 kleinen Bevölkerungen mit 73 Morgen pro Morgen 3 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. Abgabe von jedem gezahlt werden müssten, wozu sich immer noch ein Zins von 73 Thlr. gesellt. Das seien schon trübe Thatachen, die leicht zu vermehren seien. Man glaube nicht, daß es etwas anderes als Ironie sei, den Armen zu empfehlen, die Suppe ungelassen zu essen. Man wolle neue oder erhöhte Steuern, aber einer Million, die man heut verlange, werde bald eine neue Million folgen. Wollte man etwa goldene Berge sammeln? — Das werde nur denen nützen, die den 12. Juni überlebten (Heiterkeit); er, der Redner finde aber keinen Grund, für den Gesetz-Entwurf zu stimmen.

Graf v. Gröben-Neudörffchen bezeichnet die dreijährige Präsenzzeit als eine dringende Notwendigkeit, die er aus eignen Erfahrungen aus der Aufgabe Preußens schließt. Die Armee habe sogar noch andere dringende Bedürfnisse, die noch keine Befriedigung finden könnten, und man sollte daher die erheblichen nicht durch Ablehnung des Gesetzes erschweren. Der Redner räumt ein, daß die kleinen Leute durch die Steuer leiden könnten, nun, so mögen die wohlhabenden Besitzer jenen Hilfe gewähren. Es sei daher das hohe Haus zu ersuchen, dem Gesetz-Entwurf seine Zustimmung zu erteilen.

Herr v. Waldbow-Steinhöfel erkennt die dreijährige Präsenzzeit als unbedingt nothig an, aber nicht zustimmen kann er der aufgestellten Notwendigkeit vor der Verbesserung der Beamtengehälter in der Allgemeinität. Gerade die unteren Beamten seien nicht am ungünstigsten gestellt, und es empfehle sich weit mehr, Alles anzuwenden, daß der Sucht nach Vornehmheit dadurch gesteuert werde, daß man nicht zuviel unnötige Rathstilte ohne jede Bedeutung gewähre, einen Rechnungsrat, Kanzleirat und dergl. mehr.

Betreffend die Finanz-Verwaltung des Staates, so habe man ordentliche und außerordentliche Ausgaben im Etat, aber trotz der fortlaufenden außerordentlichen Ausgaben zur Befriedigung außerordentlicher Bedürfnisse, während jetzt doch sogar neue Steuern zu weiteren außerordentlichen Bedürfnissen verlangt. Wo das hinführen müsse, sei nicht schwierig zu denken. Der Herr Vorredner habe mit großer Offenheit schon neue Bedürfnisse angeführt, die baldige Erfüllung verlangen; man möge aber daran denken, daß die Größe der Armee nur eine Rücksicht bote, während eine andere das Geld zu ihrer Ausrüstung und Erhaltung verlange; leicht könnte man aber durch zu grosse Anspannung im Frieden an dem Rüttigen für den Krieg leiden.

Im Jahre 1849 habe die Staats-Einnahme 94 Mill. Thlr. betragen, in diesem Jahre betrügen sie 120 Mill. Thlr., also schon 26 Mill. Thlr. mehr, und immer genüge die Einnahme nicht zur Deckung der Ausgabe. Es sei zwar gesagt: der Arme möge weniger Salz gebrauchen, er (der Redner) würde aber gerade diese Forderung zulegen an den Armen stellen. Man möge sich sehr bestimmen, ehe man die verlangte Steuer billigst, denn sehr leicht könne die Verantwortlichkeit für ihre Bewilligung schwerer wiegen, als für deren Ab-

lehnung. Graf Jenapl. Es handle sich hier wesentlich nur darum, ob unsere Finanzlage der Art sei, dem Armen sein Salz zu vertheuern und dadurch ihm das Dasein zu erschweren. Der dreijährigen Präsenzzeit der Armee

müsse er seine Zustimmung geben, aber die Verbesserung der Beamtengehälter erscheine nicht als dringlich. Werde den Beamten in thurer Zeit ihre Subsistenz etwas schwerer, so kommen billigere Zeiten ihnen auch zu gute. Wenn es sich darum handle, neue Steuern einzuführen und dem Armen das Salz zu vertheuern, dann sei es nicht an der Zeit, von der Eisenbahnsteuer Aktiva zu kaufen. Es empfiehle sich daher, das Gesetz über die Verwendung der Eisenbahnsteuer abzuändern. Sehr gefährlich sei es aber, dem Nothwendigen auch das Nützliche als maßgebend für die Staatsausgaben zur Seite zu stellen; solchen Verhalten könne dieses Haus sich nicht anschließen, und es sei daher zu hoffen, daß es die Salzsteuer ablehnen werde. Den Beamten wolle man Zugaben gewähren, aber das Geld dazu wolle man besonders den Armen entnehmen, denn diese würde die Steuer am meisten drücken, und das sei nicht zu billigen. Der Redner fordert das Haus auf, dem Gesetzentwurf die Genehmigung nicht zu gewähren.

Minister - Präsident. Wenn ich die Gründe gegen die Steuer betrachte, so können dieselben darauf hinaus, im Frieden keine neue Steuer zu bewilligen und die Mittel, welche nötig erscheinen, anderweitig zu beschaffen.

Man deutet auf den langen Frieden hin, aber auch ohne den Krieg haben sehr wichtige Ereignisse große Opfer gefordert. Auch trat eine gewaltige industrielle Entwicklung ein, hinter welcher der preußische Staat nicht zurückbleiben konnte. Ich bin ganz der Meinung, die Steuerkraft nicht zu sehr anzuspannen; wenn aber mit der Steuerleistung auch die Prosperität des Landes gewachsen, so sei das doch auch zu berücksichtigen.

Man habe zwar allgemein die längere Präsenzzeit, aber man wolle die dazu erforderlichen Mittel nicht gewähren. Wenn gesagt worden, die 50,000 Thlr.

für den kölner Dom könnten gestrichen werden, so müsse auf die öffentliche Meinung verweisen werden, die dieser Thatsache gegenüber sich äußern würde.

Lebriens sind es besonders die unteren Beamten im Forst- und Steuerfach,

welche Berücksichtigung verdienen, ein Beamtenstand, um den uns Oesterreich benutzt. Zugegeben, daß eine Revision der Finanzwirtschaft notwendig sei, so wird doch dadurch den bezeichneten Beamten keine Hilfe werden. Betreffend den berühmten Eisenbahnfonds, so glaube ich nicht, daß mit denselben dem nur Nützlichen zu viel gedient werde. Das Recht der Ablehnung der Gesetzvorlage steht Ihnen, meine Herren, zur Seite, aber Sie werden auch die Verantwortlichkeit für die Ablehnung zu tragen haben.

Graf v. Merveldt hält die gegenwärtige Lage des Staates für derart, daß eine neue Steuer durchaus nicht nötig sei und glaubt, daß die Steuerkraft des Landes schon stark beansprucht werde. Ob nun unsere Meinung nicht zu Recht ist, kann ich nicht sagen. Ich habe in der Kommission gegen die Steuer auf andere vorhan- und zu erwartende Einnahmen geworben, so wie die anderen Staaten, das könne nicht für die Einführung einer neuen Steuer entscheiden. Wie der Redner daher auch die Vorlage betrachten möge, so könne er nach bester Überzeugung seine Stimme doch nur gegen dieselbe abgeben.

Finanz-Minister gibt im Wesentlichen das, was er im andern Hause und auch in der Kommission dieses Hauses zur Sache grauert: daß, wenn die Salzsteuer gewährt werde, nach erfolgter Ablehnung der Gebäudefsteuer, die Regierung das nicht thun könne, was sie für nothwendig halte, verstehe ich selbst, aber auch das Wenigere würde dankt angenommen werden von denen, welchen geholfen werden soll, und es sei daher dringend zu wünschen, daß dies Haus sich dem Beschlusse des andern Hauses anschließen möge. Die Staats-Regierung halte daran fest, daß die anderweit angebotene Wege, um die bekannten, in Nede stehenden Bedürfnisse zu befriedigen, nicht zu betreten seien. Auch stelle es sich wohl als der Beachtung wert heraus, daß für den vorliegenden Gesetz-Entwurf schon zwei Faktoren der Gesetzgebung sich entschieden, so wie, daß es sich nicht um fernliegende dementsprechende Bedürfnisse handelt, die gegenwärtig sich sehr merklich machen.

<p

Bezirk Königsberg das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; so wie den Ober-Bürgermeister Bachem in Koblenz zum Landgerichts-Rath in Trier; und den Prorektor am Gymnasium zu Stargard in Pommern, Dr. A. J. F. Binzow, zum Direktor des Gymnasiums in Wetzlar zu ernennen. — Der königl. Kreis-Baumeister Hoffmann zu Kreuzburg ist zum königlichen Bau-Inspektor ernannt und demselben die Bau-Inspektorsstelle zu Hohenstein verliehen worden. Dem Oberlehrer Dr. J. C. Boner am Gymnasium zu Münster ist das Prädikat eines Professors verliehen worden. — Des Königs Majestät haben dem Gutsbesitzer Donalitius zu Grauden, im Kreise Ragnit, die goldene Medaille für Verdienst um die Pferdezucht zu verleihen geruht.

— **Posen**, 22. April. [Die posen-bromberger Eisenbahn.] — Ernennung. — Die Provinzialbank. — Ernte-Aussichten. — Güterverkäufe.] Die auch in Ihrem Blatte früher mitgetheilte, von der hiesigen polnischen Zeitung aber widerlegte Nachricht, daß die Ausführung des Baues der Eisenbahn von Posen nach Bromberg aus dem Grunde sistirt worden sei, weil die betreffenden Kreise sich wegen der Entschädigung für den Eisenbahngesellschaft nicht hätten einigen können, hat sich vollkommen bestätigt. Wie ich aus guter Quelle erfahren habe, war die Angelegenheit der Vermittelung resp. Entscheidung des Herrn Handelsministers unterbreitet worden, der sich auch Mühe gegeben hat, die betreffenden Kreise zu einer gütlichen Einigung mit der gedachten Gesellschaft zu bewegen, was demselben jedoch leider nicht gelungen ist. Der Herr Handelsminister hat aus der hartnäckiger Weigerung der in Niede stehenden Kreise, den für die Eisenbahn nötigen Grund und Boden für eine billige, aber vollkommen angemessene Entschädigung abzutreten, den Schluß gezogen, daß die Eisenbahn für diese Kreise kein Bedürfniß sei, und mit dieser Erklärung die Sache einstweilen auf sich beruhnen lassen. So sehr es auch allgemein bedauert wird, daß der Mangel an Gemeinsamkeit der Ausführung eines Werkes hindernd entgegtritt, das unserer Provinz so wesentliche Vortheile bringen würde, so giebt man dennoch keineswegs die Hoffnung auf, daß die noch immer schwedenden Unterhandlungen bald zu einem glücklichen Resultate führen werden. — Zum Nachfolger des als Ober-Ministerialrat nach Stralsund versegten Oberpräfidalraths v. Nordenflycht ist der Regierungs-Professor v. Leibnitz in Minden ernannt worden, der schon früher bei der hiesigen Regierung längere Zeit thätig gewesen ist und noch bei Allen, die mit ihm in Berührung kamen, im besten Andenken steht. Derselbe wird bereits zum 1. Mai hier erwarten. — Die hiesige Provinzialbank, welche vor Kurzem die Bestätigung des Ministeriums erhalten hat, wird erst mit dem 1. Nov. d. J., bis zu welcher Zeit die Aktionäre p. C. eingezahlt haben müssen, ihre Thätigkeit beginnen. — Die Ernte-Aussichten sind in unserer Provinz in Folge anhaltender außerordentlich fruchtbare Frühjahrswitterung für alle Getreidearten so erfreulich, wie sie seit vielen Jahren um diese Zeit nicht gewesen sind. Die Folge davon ist, daß der Getreidehandel fast ganz darnieder liegt und die Getreide- und Kartoffelpreise immer mehr sinken, was unsrer Landwirthen freilich sehr unangenehm ist, so sehr sich auch die Städter darüber freuen. — Es sind in der letzten Zeit wieder bedeutende Güterkomplexe, von denen ich nur das durch sein reichhaltiges Gypslager bekannte Wapno namentlich anführe, von deutschen Kapitalisten aus andern Provinzen angekauft worden. Die Preise der Güter sind hier jetzt freilich ziemlich bedeutend; allein sie erreichen noch lange nicht die Höhe, auf der die Güterpreise in andern Provinzen stehen, und die Erfahrung zeigt, daß die meisten auswärtigen Gutsbesitzer, welche sich hier angekauft, trotz der Kalamitäten der letzten Jahre sehr gute Geschäfte gemacht haben. Natürlich müssen die neuen Ansiedler mit der verbesserten Methode der Landwirtschaft vollkommen bekannt sein und ein hinreichendes Einkommen-Kapital zur Verfügung haben.

Franreich.

Paris, 21. April. Der „Ami de la Religion“ meldet: „Am Sonntag Mittags fand in den Tuilerien in der kaiserlichen Kapelle die Eidesleistung des Kardinals Morlot, Erzbischofs von Paris, statt. Das gewöhnliche Ceremoniel wurde bei dieser Gelegenheit beobachtet. Demnach erfolgte nach der Eidesleistung ein unvorhergesehener Vorfall, der alle Anwesenden tief ergriffen hat. Der Kaiser warf sich vor Sr. Eminenz dem Kardinal auf die Knie und bat ihn um seinen ersten Segen. Nachdem der Kardinal Morlot dem Wunsche des Kaisers nachgekommen, ward er in die Gemächer der Kaiserin und des kaiserlichen Prinzen geführt, denen er gleichfalls seinen Segen gab. Die feierliche Installirung des Kardinals wird am Sonnabend erfolgen. Wenn wir gut unterrichtet sind, so findet am Sonnabend Morgen der Empfang des Palliums von Seiten des Kardinals in der Kapelle der Nunciatur statt, wo die Überreichung des Palliums durch Msgr. Sacconi erfolgen wird.“ — Die nächste Sitzung der Konferenz in der neuenburger Frage findet nicht vor dem 8. Juni statt.

Aus Toulon, 21. April, meldet man uns, daß der Großfürst Konstantin mit dem russischen Geschwader am 20. April um 3 Uhr auf der dortigen Nehrung eintraf. Sämtliche Kriegsschiffe gaben je nach dem Naherücken der Russen nach einander 21 Salutschüsse; dann folgte eine allgemeine Begrüßungs-Salve und nun die Lebendigkeit-Rufe der Mannschaften. Mit Fremden besetzte beflogte Dampfer folgten der kaiserlichen Flotille. Um 4 Uhr landete der Großfürst am Arsenal, wo er von den Marine-, Civil- und Municipial-Behörden empfangen wurde, darunter der See-Präfekt, der Präfekt des Var-Departements und der Admiral Tréhouart. Reden wurden nicht gehalten. (Lepteres versichert der „Nord“, dem wir in dieser Sache wohl mehr Glauben schenken dürfen, als der „Independance belge“, die „Bewilligung-Neden“ an Se. Kaiserliche Hoheit richten läßt.) Nach seiner Landung äußerte der Prinz den Wunsch, vor der Fronte der zu seinem Empfange anwesenden Truppen vorübergehn zu wollen. Eine unabsehbare Menschenmenge wohnte dieser Festlichkeit bei. Auch General Totleben war „Gegenstand der allgemeinen Aufmerksamkeit und besonderer Sympathie.“ (Der „Nord“ drückt dies so aus: „Der hier eingetroffene General Totleben ward mit Lebendigkeit empfangen.“) Am Morgen des 21. besuchte der Großfürst das Arsenal.

Paris, 21. April. Die gestrige (achte) Sitzung der neuenburger Konferenz war sehr bewegt. Nach dem Vortrage des Vermittlungs-Projektes, das Graf Walewski ausgearbeitet hat, begann eine lange und ernste Diskussion. Lord Comley sowohl, als Hr. v. Hübner sprachen sich für das Projekt aus, welches von dem Grafen Hassfeldt in mehreren Punkten bekämpft wurde. Die Diskussion schloß mit der Erklärung der Bevollmächtigten Preußens und der Schweiz, an ihre resp. Regierungen referiren zu müssen und neue Instruktionen abzuwarten. Graf Walewski erklärte hierauf die Sitzungen der Konferenz für suspendirt bis zum Empfang der neuen Instruktionen oder Vollmachten der beiden Bevollmächtigten. Die Sitzung, die um 3 Uhr begonnen hatte, schloß um 6½ Uhr. Was das betreffende Projekt selbst anbelangt, so hofft man, daß es in Berlin und Bern zur Annahme gelangen werde. Was den Dr. Kern betrifft, so reist der selbe heute Abends nach Bern ab, um direkt mit dem Bundesrath Rücksprache zu nehmen, und man giebt sich schon der Hoffnung hin, daß er die Vollmacht zur Acceptation des Projektes zurückbringen werde. Hr. Kern hatte heute Nachmittags um 3 Uhr noch eine längere Audienz beim Kaiser, um eine lezte Besprechung mit ihm in dieser Angelegenheit zu haben. Der Kaiser beglückwünschte denselben bei dieser Gelegenheit wegen der für Se. Majestät so schmeichelhaften Rede vom letzten Sonntage.

(R. B.)

Italien.

Bon der italienischen Grenze, 17. April. Das Österfest ist diesmal in Rom unter dem Zudrange eines fürstlichen Auditoriums

gesiegt worden; der König Max von Baiern, die Königin Christine von Spanien, der Kronprinz von Württemberg und seine Gemahlin die Großfürstin Olga, der Prinz Karl von Preußen waren dort anwesend; die russische Kaiserin war nicht angekommen und alle die prunkvollen Festlichkeiten, die ihr zu Ehren bereitet werden, müssen nun eine Weile auf sich warten lassen; dahin gehört vorzüglich ein glänzender Ball beim österreichischen Botschafter, dem Grafen von Colleredo, in dem prachtvollen, neu restaurirten Palazzo di Venezia. Die Restaurations-Arbeiten an diesem herrlichen Denkmale der Baukunst aus der ersten und schönsten Zeit der Renaissance-Periode sind einem Desterreicher aus Prag anvertraut. Herr v. Rayneval wird in seinem Hotel zwei französische Theater aufführen lassen, worin Madame Rayneval selbst mitspielen wird.

Der König Max hatte seinen Aufenthalt in der Absicht, mit der Zarin Wittore zusammenzutreffen zu können, verschoben, aber länger konnte er wohl nicht zögern, ohne sich der Gefahr auszusetzen, in der heißen Jahreszeit nach Griechenland zu kommen, wohin ihn sein Weg zu seinem Bruder führt, bei welcher Gelegenheit eine endliche Feststellung der griechischen Thronfolge besprochen werden und so dann den andern Mächten mitgetheilt werden dürfte.

Die Gegenwart so vieler hohen Personen bei den kirchlichen Festen veranlaßte auch die Diplomatie, volljähriger zu erscheinen, und die Räume der Sixtinischen Kapelle konnten diesmal kaum ausreichen. Dieses prächtige Hausskirchlein des Vatikans ist der Centrale und Ganzpunkt der heiligen Woche, welche in der ewigen Stadt ein ganz eigenhümliches Gepräge hat.

Das größte Gepränge verursacht aber die Ceremonie der Fußwaschung und der Speisung. Die Fußwaschung wird vom Papste nicht an Greisen, sondern an jungen Geistlichen der verschiedenen Nationalitäten vorgenommen, welche von den katholischen Gesandtschaften, den Vorstehern der Propaganda und dem päpstlichen Hausbeamteramt dazu bestimmt werden. Papst Gregor verrichtete diese Ceremonie in einer kleinen Kapelle und begnügte sich, dieselbe an einem einzigen zu vollziehen. Pius IX. aber nimmt es damit ernster. In der Peterskirche, wo die ganze Volksmasse Raum hat und anwesend sein kann, unterzieht er sich derselben und zwar an allen 12 dazu Designirten. Er thut dies überdies mit einer Unnigkeit, mit einer Andacht, daß man gestehen muß, er hat dabei mehr als den Volkzug eines herkömmlichen Gebrauchs im Sinne. Die Ceremonie findet außerdem da in einer Weise statt, die einem Regenten nichts weniger als angenehm sein kann. Der Papst, begleitet von zwei Diakonen, entblößt dabei den Fuß des zu Waschenden, nimmt von dem einen Diakon eine silberne Kanne, womit er den Fuß benetzt, trocknet ihn mit dem Tuche, das ihm der andere verabreicht, hierauf küßt er den von ihm gewaschenen Fuß und reicht dem Manne einen Blumenstrauß, der ihm die Hand küßt und eine Medaille erhält.

Dieselben Personen begeben sich in den Saal Borgia, wo ihnen der Papst das Essen aufrägt, ihnen Wein einschenkt und gleich einem einfachen Bedienten vorlegt.

(Östl. P.)

theile aber 1% höher bezahlt. — Thüringer Bank-Aktien kamen in größeren Posten an den Markt und fanden die Hauptumsätze von 94½ à 94% statt. — Für Coburger Credit-Aktien fehlt es schon seit mehreren Tagen an Kaufordres. — Von Thuringia-Aktien wurde etwas à 99½% incl. Div. bezahlt, blieben aber dazu übrig. — Ein Posten Kölnische Hagel-Versicherungs-Aktien sollte heute al pari erlassen werden, es fehlte aber auch hier an Kaufaufträgen.

Berliner Börse vom 23. April 1857.

Fonds- und Geld-Course.		Niederschlesische
Freiw. Staats-Anleihe	14½	99½ G.
Staats-Anl. von 50/52	99½	91½ bz.
dito	1883	94 bz.
dito	1854	99½ bz.
dito	1855	99½ bz.
dito	1856	99½ bz.
Staats-Schuld-Sch.	3½	84 bz.
Siedl.-Präm.-Sch.	—	—
Präm.-Anl. von 1855	3½	116 bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	99½ G. 3½ %
Kur- u. Neumärk.	3½	86½ bz.
Pommersche	3½	85 bz.
dito	—	98½ B.
Schlesische	3½	86½ B.
Kur- u. Neumärk.	4	92½ bz.
Pommersche	4	91½ bz.
Preussische	4	90½ bz.
Wessl. u. Rhein.	4	92½ bz.
Sächsische	4	94½ B.
Friedrichs-dor.	—	113½ bz.
Louis'dor	—	110½ bz.

Ausländische Fonds.

Oesterl. Metall.	5	80½ bz.
dito 54er Pr.-Anl.	4	106 bz.
dito Nat.-Anleihe	5	82½ bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	104½ G.
dito 6te Anleihe	5	100½ G.
dito poln. Sch.-Obl.	4	82 B.
Poln. Pfandbriefe	4	—
dito III. Em.	—	91½ B. ½ G.
Poln. Oblig. a 500 Fl.	4	86½ G.
dito a 300 Fl.	5	94½ B.
dito a 200 Fl.	—	23 B.
Kursess. 40 Thlr.	—	41 B.
Baden 35 Fl.	—	28½ G.

Preuss. und ausl. Bank-Aktionen.

Preuss. Bank.-Anth.	4½	146½ bz.
Berl. Kassen-Verein	—	118 B.
Braunsch. Bank	—	125 à 127 bz.
Weimarerische Bank	—	108½ bz.
Rostocker	—	—
Gerac.	—	94½ bz.
Thüringer	—	95½ 94½ 94bz.u.B.
Hamb. Nordl. Bank	4	94½ B.
Vereins-Bank	—	98 B.
Hannoversche	—	107½ à 108½ bz.
Bremer	—	115 B.
Luxemburger	—	87 bz.
Darmstädter Zeitteil.	4	92½ bz. u. G.
Darmst. (abgest.)	4	109 bz.
dito Berechtigung	—	—
Leipzig Credith.-Act.	4	86½ G.
Meiningen	—	90 B.
Coburger	—	84 B.
Dessauer	—	83½ à 84 bz.
Moldauer	—	101½ à 102 bz.
Oesterreich	—	132½ à 133 bz.
Gefen	—	77½ B.
Dist.-Comm.-Anth.	4	108½ à 109 bz.
Berliner Handels-Ges.	—	97½ etw. bz. u. B.
Preuss. Handels-Ges.	4	90½ ½ bz.
Schles. Bank-Verein	4	92½ ½ bz.
Minerv.-Bergw.-Act.	5	94 à 95 bz.
Berl. Waar.-Cred.-G.	4	99 B.

Wechsel-Course.

Amsterdam	—	1. S. 142½ bz.
dito	—	2. M. 141½ bz.
Hamburg	—	1. S. 150½ bz.
dito	—	2. M. 150½ bz.
London	—	3. M. 16, 18½ bz.
Paris	—	2. M. 78½ bz.
Wien 20 Fl.	—	2. M. 96½ bz.
Augsburg	—	2. M. 101½ bz.
Breslau	—	8 T. 99½ bz.
Leipzig	—	2. M. 99½ bz.
Frankfurt a. M.	—	2. M. 96, 16 bz.
Neustadt-Weissenb.	4½	—
Petersburg	—	3W 104½ bz.

Berlin, 23. April. Weizen loco 48—80 Thlr. — Roggen loco 41½ bis 42½ Thlr., 84 Stpfd. 41½ Thlr., 80pf. 41½ Thlr., bezahlt, Frühjahr 41½—41½—41½—41½ Thlr., bezahlt, 41½ Thlr. Br., 41½ Thlr. Gld., Mai—Juni 41½—41½—41½ Thlr., bezahlt und Gld., 41½ Thlr. Brief, Juni—Juli 41½—41½—41½ Thlr., bezahlt und Gld., 41½ Thlr. Brief, Juli—August 40% Thlr. bezahlt, Brief u. Gld., 40% Thlr. Br., September—Oktober 38½—39 Thlr. bezahlt, Brief u. Gld.—Hafer loco 21—25 Thlr., pr. Frühjahr 22—23 Thlr. bezahlt, 23 Thlr. Br.—Rübel loco 17½ Thlr. Brief, April 17½ Thlr. Brief, 17½ Thlr. Gld., April—Mai 17½—17½ Thlr. bezahlt und Gld., 17½ Thlr. Brief, Jani—Juli 16%